

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)**

- a) zur Unterrichtung durch die Bundesregierung**  
**– Drucksache 13/2017 –**

**Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung,  
insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben,  
der Schwankungsreserve sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes  
in den 15 künftigen Kalenderjahren gemäß § 154 SGB VI  
(Rentenversicherungsbericht 1995)**

**Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 1995**

- b) zu dem Antrag der Fraktion der SPD**  
**– Drucksache 13/3606 –**

**Aktuelle Finanzlage der Rentenversicherung**

- c) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin)  
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**– Drucksache 13/3630 –**

**zur Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Lage der Rentenversicherung**

### **A. Problem**

Die Bundesregierung legt jährlich einen Bericht zur Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung vor. Der Rentenversicherungsbericht 1995 umfaßt dabei u. a. die Vorausberechnungen zur finanziellen Entwicklung der Rentenversicherung im mittelfristigen Zeitraum 1995 bis 1999, die auf der zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts im Mai 1995 aktuellen Einschätzung der mit-

telfristigen Wirtschaftsentwicklung beruhen. Angesichts der seither erfolgten Veränderungen insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung erweisen sich die Zahlen und Annahmen des Rentenversicherungsberichts 1995 als teilweise überholt. Die Antragsteller fordern deshalb die kurzfristige Vorlage einer aktualisierten Fassung des Rentenversicherungsberichts 1995 bzw. die Offenlegung der finanziellen Situation der gesetzlichen Rentenversicherung.

**B. Lösung**

Kenntnisnahme der Unterrichtung und Ablehnung der Anträge.

Die Mehrheit der Ausschußmitglieder vertrat die Auffassung, daß der Rentenversicherungsbericht 1995 in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen werden sollte und verwies darauf, daß den Forderungen der Antragsteller nach aktuellen Daten und Einschätzungen zur Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung mit der Vorlage des Rentenversicherungsberichts 1996 in ausreichendem Maße Rechnung getragen werde. Darüber hinaus habe auch die öffentliche Anhörung den von den Antragstellern geforderten Aufschluß über die aktuelle Finanzlage der Rentenversicherung sowie die zu erwartende mittel- und langfristige Entwicklung gegeben.

**Mehrheit im Ausschuß****C. Alternativen**

Annahme der Anträge.

Die Minderheit der Ausschußmitglieder vertrat die Auffassung, daß weitreichende gesetzgeberische Entscheidungen ohne eine Aktualisierung der Berechnungen nicht verantwortet werden könnten.

**D. Kosten**

Keine

## **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 13/2017 zur Kenntnis zu nehmen und
- b) die Anträge auf den Drucksachen 13/3606 und 13/3630 abzulehnen.

Bonn, den 24. Juni 1996

## **Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung**

**Ulrike Mascher**  
Vorsitzender

**Andreas Storm**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Andreas Storm

### I. Beratungsverlauf

Der Bericht auf Drucksache 13/2017 ist gemäß § 80 Abs. 3 GO-BT am 9. November 1995 an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Antrag auf Drucksache 13/3606 ist in der 84. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Februar 1996 an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Antrag auf Drucksache 13/3630 ist ebenfalls in der 84. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Februar 1996 an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 29. November 1995 Zustimmung zum Bericht auf Drucksache 13/2017 empfohlen, der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 31. Januar 1996 Kenntnisnahme des Berichts empfohlen.

Der Haushaltsausschuß hat dem federführenden Ausschuß in seiner Sitzung am 19. Juni 1996 einvernehmlich empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/3606 zur Kenntnis zu nehmen.

Der federführende Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Bericht auf Drucksache 13/2017 erstmals in seiner 38. Sitzung am 31. Januar 1996 beraten. Der Ausschuß hat die Beratung in seiner 43. Sitzung am 28. Februar 1996 fortgesetzt und in dieser Sitzung erstmals die Anträge auf den Drucksachen 13/3606 und 13/3630 beraten. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 41. Sitzung am 9. Februar 1996 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zum Bericht auf Drucksache 13/2017 sowie zu den Anträgen auf den Drucksachen 13/3606 und 13/3630 beschlossen, die am 12. Juni 1996 als 62. Sitzung des Ausschusses stattfand. Der Ausschuß hat die Beratungen in seiner 65. Sitzung am 19. Juni 1996 fortgesetzt und abgeschlossen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat die Unterrichtung auf Drucksache 13/2017 zur Kenntnis genommen. Der Ausschuß hat den Antrag auf Drucksache 13/3606 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt. Der Ausschuß hat den Antrag auf Drucksache 13/3630 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und

der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD ebenfalls abgelehnt.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Im Rentenversicherungsbericht 1995 auf Drucksache 13/2017 wird über die Entwicklung der Rentenversicherung berichtet. Kernstück des Berichts ist die Vorausberechnung der finanziellen Entwicklung der Rentenversicherung. Der Bericht umfaßt dabei die finanzielle Entwicklung im mittelfristigen Zeitraum 1995 bis 1999 auf der Grundlage der aktuellen Einschätzung der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung sowie die finanzielle Entwicklung im Zeitraum 1995 bis 2009 unter Berücksichtigung verschiedener Annahmekombinationen.

Im Antrag auf Drucksache 13/3606 wird die Bundesregierung aufgefordert, kurzfristig eine aktualisierte Fassung des Rentenversicherungsberichts 1995 unter Berücksichtigung der geänderten Annahmen des Jahreswirtschaftsberichts 1996 vorzulegen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, über bestimmte Rentenentwicklungen, beispielsweise der Leistungen nach dem Fremdrentengesetz, zu berichten.

Im Antrag auf Drucksache 13/3630 wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Initiative zur langfristigen Sicherung der Renten vorzulegen. Als Eckpunkte sollte diese Initiative u. a. die vollständige Offenlegung der finanziellen Situation der gesetzlichen Rentenversicherung, eine Verlangsamung der Abschmelzung der Auffüllbeträge zu den ostdeutschen Renten und eine Rücknahme der Vorhaben zur Abschaffung der Frühverrentung umfassen.

### III. Öffentliche Anhörung

Am 12. Juni 1996 fand als 62. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zur Finanzlage der Rentenversicherung sowie zum Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz statt. Die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen der Anhörungsteilnehmer sind in die Beratungen des Ausschusses einbezogen worden. Über die nachfolgende kurze Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Anhörung hinaus wird auf das Stenographische Protokoll sowie die als Ausschußdrucksachen verteilten Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen.

Der Themenkatalog zur Finanzlage der Rentenversicherung umfaßte folgende Punkte:

#### 1. Rentenversicherungsbericht 1995

- a) Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung
- b) Ergebnisse der Berechnungen

## 2. Aktuelle Finanzlage im mittelfristigen Zeitraum

- a) Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung
- b) Ergebnisse der Berechnungen

## 3. Langfristige Finanzentwicklung

Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) stellte fest, daß sich die kurz- und mittelfristige Finanzlage der Rentenversicherung aus aktueller Sicht deutlich ungünstiger darstelle als im Rentenversicherungsbericht 1995 vorausberechnet. Es sei derzeit davon auszugehen, daß – ohne eine Änderung des geltenden Rechts – der Beitragssatz im Jahre 1997 auf 20,6 vom Hundert angehoben werden müsse, da die der Beitragssatzvorausberechnung zugrundeliegenden Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung zwischenzeitlich deutlich nach unten korrigiert worden seien. Der erforderliche Umfang der Beitragssatzerhöhung hänge allerdings wesentlich von der tatsächlich eintretenden wirtschaftlichen Entwicklung und den weiteren Maßnahmen zur Konsolidierung der Rentenfinanzen ab.

Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) hob hervor, daß sich die gesetzliche Rentenversicherung derzeit in einer schwierigen Finanzsituation befinde. Ausgehend von den aktuellen Annahmen der Bundesregierung zur Wirtschaftsentwicklung ergebe sich für das Jahr 1997 ohne Berücksichtigung von Einspareffekten geplanter Gesetzesänderungen rein rechnerisch ein Beitragssatz von 20,5 vom Hundert. Der zu erwartende starke Anstieg des Beitragssatzes für das Jahr 1997 sei in erster Linie auf eine Fehleinschätzung der Konjunkturentwicklung im Jahre 1996 zurückzuführen. Im übrigen bemerkte er aber, daß der Beitragssatz – mittelfristig betrachtet – trotz der seit geraumer Zeit anhaltend hohen Arbeitslosigkeit durchaus in dem Rahmen liege, der Ende der 80er Jahre vorausgeschätzt worden sei.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wies darauf hin, daß die erwartete weitere Anhebung des Beitragssatzes für das Jahr 1997 und die damit verbundene Diskussion über die Sicherheit oder Unsicherheit des Rentensystems zu einer Vertrauenskrise geführt habe. Um den Beitragsanstieg im Jahre 1997 zu begrenzen, sei aus der Sicht des DGB eine Anhebung des Bundeszuschusses, zumindest in der Höhe der in den letzten Jahren der Rentenversicherung zusätzlich auferlegten versicherungsfremden Leistungen, unbedingt notwendig.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) führte aus, daß sich die Annahmen des Rentenversicherungsberichts weitgehend als unzutreffend erwiesen hätten. Der aktuelle Konsolidierungsbedarf der Rentenversicherung sei vor allem auf eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückzuführen. Angesichts der zu erwartenden Beitragssatzsteigerungen für das Jahr 1997 sprach sich die DAG für eine Anhebung des Bundeszuschusses aus, um den Beitragssatz wenigstens konstant zu halten.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) unterstrich angesichts der zu erwartenden Beitragssatzsteigerungen auf über 20%, daß

die Zielsetzung, den Beitragssatz bis zum Jahre 2000 wieder unter 20 % abzusenken, ihre volle Unterstützung finde. Da diese Vorgabe die Rückführung des Beitragssatzniveaus um mindestens 1%-Punkt bedeute, müßten in Zukunft nicht nur weitere Beitragssatzsteigerungen vermieden, sondern auch deutliche Kosteneinsparungen vorgenommen werden.

## IV. Ausschlußberatungen

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sprachen sich dafür aus, den Rentenversicherungsbericht 1995 in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis zu nehmen. Im übrigen wiesen sie in diesem Zusammenhang darauf hin, daß den Forderungen der Antragsteller nach aktuellen Daten und Einschätzungen zur Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung mit der Vorlage des Rentenversicherungsberichtes 1996 in ausreichendem Maße Rechnung getragen werde. Außerdem habe auch die öffentliche Anhörung von Sachverständigen den gewünschten Aufschluß über die aktuelle Situation sowie die voraussichtliche mittel- und langfristige Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung gegeben. Darüber hinaus sei Anfang Juni eine Regierungskommission unter Vorsitz des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung eingesetzt worden, die bis zum Jahresende 1996 Vorschläge zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung vor dem Hintergrund des demographischen Wandels unterbreiten solle.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD stellten fest, daß eine sachgerechte Diskussion über die weitere Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung auf der Grundlage des Rentenversicherungsberichts 1995 nicht möglich sei, da die im Bericht genannten Zahlen nicht mehr aktuell seien und die kurzfristigen Annahmen nicht mehr zuträfen. Angesichts der Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung forderten sie die Bundesregierung deshalb auf, kurzfristig eine aktualisierte Fassung des Rentenversicherungsberichts 1995 vorzulegen und dabei auch das Jahresergebnis 1995 der Rentenversicherungsträger zu berücksichtigen. Im übrigen sei es dringend notwendig, die Debatte über die Situation der Rentenversicherung auf seriöse Grundlagen zu stellen und zu versachlichen, um eine unnötige Versäuerung der Rentner und Rentnerinnen zu vermeiden.

Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten eingangs fest, daß es Ziel ihres Antrags sei, mehr Klarheit über die aktuelle finanzielle Lage der gesetzlichen Rentenversicherung zu gewinnen. Im Interesse der Betroffenen sprachen sie sich eindringlich für eine Versachlichung der aktuellen Rentendebatte aus. Im übrigen unterstrichen sie, daß im Zusammenhang mit der Diskussion über die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung auch über die derzeitige Strukturkrise des Rentensystems offen gesprochen werden müsse.

Die Vertreterinnen der Gruppe der PDS hielten es angesichts der aktuellen öffentlichen Debatte für politisch unverantwortlich, im Zusammenhang mit dem Rentenversicherungsbericht Zahlen mit Stand

Mai 1995 zu diskutieren. Sie forderten deshalb die Vorlage aktueller Zahlen und Daten, um sich auf dieser Grundlage mit den gegenwärtigen Leistungs- und Finanzierungsproblemen der Rentenversicherung und den künftigen Herausforderungen an das System der gesetzlichen Rentenversicherung ausein-

zusetzen zu können. Es sei im übrigen unabdingbar, sich für grundlegende Änderungen im Rentenrecht ausreichend Zeit zu nehmen. Sie forderten deshalb ein Rentenmoratorium für das Jahr 1996 mit Ausnahme der notwendigen Korrekturen beim Rentenüberleitungsgesetz.

Bonn, den 24. Juni 1996

**Andreas Storm**

Berichterstatte



